

Editorial

Maria Kader, Martina Neuwirth, David Walch

Seit der großen Finanzmarktkrise 2008 haben die wichtigsten Industrienationen der Welt ihre Bemühungen um mehr Transparenz und Rechtmäßigkeit in Steuerfragen verstärkt. So erklärten im April 2009 die G20-Länder auf ihrem Gipfel in London, dass die Ära der Bankgeheimnisse vorbei sei und die Maßnahmen gegen Steueroasen verschärft würden. Fast zehn Jahre später zeigen jedoch Veröffentlichungen im Zuge von Paradise Papers, Panama Leaks, Lux Leaks, etc., dass die Ziele wohl doch noch nicht erreicht sind.

Zwar haben zahlreiche Industriestaaten ihre Steuergesetzgebung und Geldwäschebestimmungen verschärft, und insbesondere der intensiverte Informationsaustausch von Steuerdaten trägt zur Transparenzerhöhung bei. Aber immer noch ist es Unternehmen und Vermögenden möglich, Gewinne zu verschieben und Vermögen in Offshore-Oasen zu verbergen, mit dem Effekt, dass Milliarden an Steuereinnahmen den öffentlichen Haushalten verloren gehen. Diese potenziellen Einnahmenverluste – und weniger die Einsicht in Steuer- und soziale Gerechtigkeit – sind angesichts angespannter Budgets auch der wesentliche Hintergrund der anhaltenden Bemühungen der Industrienationen um eine Verringerung der Steuerflucht. Doch tiefgreifende Reformen des internationalen Steuersystems sind nicht in Sicht und selbst geplante kleinere Reformmaßnahmen werden angesichts des starken Widerstands von Unternehmensdienstleistern, Wirtschaftsverbänden und anderen Lobbygruppen noch verwässert. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Staaten vor dem Hintergrund des internationalen (Steuer)Wettbewerbs am Kampf gegen Steuervermeidung bzw. Steuerflucht nur dann interessiert sind, wenn das die Erhöhung ihrer eigenen Einnahmen bedeutet – ohne Rücksicht darauf, ob es andere Staaten schädigen könnte. Doch solange Staaten im Eigeninteresse Lösungen zustimmen, in denen zukünftige Steuer-Schlupflöcher bereits angelegt sind, werden Reformen keine nachhaltigen Effekte zeigen.

Im Beitrag von *Kader/Lunzer/Neuwirth* in diesem Heft zeigt sich anhand von Österreich und seinem schneckenlangsamen Abschied vom Bankgeheimnis dann auch das langanhaltende Verständnis für die Vertraulichkeit von Bankdaten unter dem Motto „Schutz der Privatsphäre“. Ein Schutz, der – wie *Brigitte Unger* in ihrem Text aufzeigt – vielen anderen, wie Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen, nicht gewährt wird. Die Leiterin des EU-Projektes „Combating Fiscal Fraud and Empowering Regulators“, das sich mit fairen Steuerpraktiken in der EU beschäftigt, kritisiert noch weitere widersprüchliche Haltungen von PolitikerInnen wie etwa die Skandalisierung außereuropäischer Offshore-Zentren bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung innereuropäischer Steueroasen. Allerdings zeigt sie auch auf, mit wie wenigen Instrumenten es rein technisch möglich wäre, Steuerflucht und Geldwäsche zu vermeiden. Zentral für die erfolgreiche Anwendung dieser Instrumente ist jedoch die Zusammenarbeit von internationalen Institutionen und Ländern, um die Fragmentierung der Steuersysteme und Rechtsvorschriften zu beenden. *Wolfgang Obenland* zeichnet daher insbesondere die Bemühungen internationaler Organisationen, allen voran der OECD und der Vereinten Nationen, nach, über gemeinsame Standards

und Abkommen Steuerflucht einzudämmen. Bei allen Fortschritten konstatiert er jedoch nach wie vor große Lücken in der internationalen Koordination, institutionelle Defizite und Governance-Probleme. Denn Machtfragen und Kräfteverhältnisse spielen natürlich auch bei Steuerfragen eine große Rolle. So ist die OECD vor allem durch ihre Mitglieder, überwiegend entwickelte Volkswirtschaften, legitimiert, wie Obenland anführt, und er zeigt, dass vermögendere Industriestaaten ihre Initiativen zur Bekämpfung von Steuerflucht häufig auf Kosten von Entwicklungsländern führen. *Elisabeth Klatzer* wiederum analysiert Steuergerechtigkeit vor dem Hintergrund geschlechtsspezifischer Machtverhältnisse sowie menschenrechtlicher Vorgaben. Gemäß dem Prinzip, dass die Besteuerung verschiedene gesellschaftliche Gruppen gleich treffen soll, können die Steuervorteile und Bewegungsspielräume von Konzernen und von Vermögenden sowie die höhere Gesamtsteuerinzidenz für Ärmere als Beweis für ungleiche und ungerechte Finanzlasten gelten. Direkt betroffen sind Frauen durch illegale Netzwerke, die aus Frauenhandel und sexueller Ausbeutung Einkommen beziehen und dieses über kriminelle Geldwäschekanäle vor öffentlichem Zugriff verbergen. Mehr Licht auf intransparente Geldwäscherpraktiken würde auch Aufhellung über ausbeuterische Arbeitsverhältnisse bringen.

Legal, aber vielleicht nicht immer legitim, gestaltet sich ja bisweilen die Steuerplanung von Unternehmen. Während auch Österreich bei der Unternehmensbesteuerung zahlreiche Vorteile für Unternehmen bietet, gelingt es international insbesondere multinationalen Unternehmen, ihre Steuerlast durch Ausnutzen von diversen nationalen Steuervorteilen drastisch zu reduzieren, wie *Sol Piciotto* bei seiner Beschreibung dieser Steuervermeidungspraktiken anführt. Besonders undurchsichtig sind dabei die sogenannten internen Verrechnungspreise („transfer pricing“) zwischen verschiedenen Töchtern und Teilen der großen Unternehmen sowie die komplizierten, verschachtelten Konzernstrukturen, die das Verschieben von Gewinne (und Verlusten) nach Belieben ermöglichen. *Piciotto* beschreibt auch, wie seit 2009 versucht wird, hier gesetzliche Verbesserungen zu etablieren. Die wirksamste Methode, nämlich eine Gesamtkonzernsteuer (also auf der obersten Ebene einer Unternehmensgruppe), befindet sich in der EU jedoch erst auf Diskussionsstufe.

Ein wesentliches Instrument, Licht in das Gewirr von Steueroasen und Geldwäscher-sümpfen zu bringen, ist seit Jahren der sogenannte „Schattenfinanzindex“ (Financial Secrecy Index) des Tax Justice Network. Seine öffentlichkeitswirksame Rezeption übt auch wichtigen moralischen Druck auf PolitikerInnen und Regierungen aus. *Sarah Godar* zeichnet die Entstehung und Entwicklung des Index im Heft nach und betont einmal mehr, dass es sich bei den Schattenfinanzplätzen nicht immer um entfernte exotische Plätze handelt, sondern einige EU-Länder auf Spitzenplätzen zu finden sind, und sich auch Österreich trotz einiger Verbesserungen im oberen Drittel wiederfindet. Die konkrete Rolle Österreichs in Sachen Steuerflucht und Geldwäsche wird im bereits eingangs erwähnten Beitrag von *Kader/Lunzer/Neuwirth* beleuchtet. Dabei zeigt sich, dass Österreich in Sachen Bankgeheimnis und Geldwäsche nur sehr zögerlich den Forderungen nach mehr Transparenz und Aktivität nachgekommen ist und auch jüngst noch entsprechende Gesetzesvorlagen zu blockieren versuchte. In Sachen Steuervorteile, insbesondere für grenzüberschreitende Unternehmen, bewegt sich Österreich zudem so gut wie gar nicht. Nachdem die jüngste Steuerbegünstigung für Unternehmensgewinne in den USA durch Präsident Trump den Steuer- und Standortwettbewerb wohl erneut anfacht, ist zu befürchten, dass sich diese Haltung nicht ändern wird. Doch ebenso ist zu erwarten, dass immer neue Datenleaks und Steuerskandale dafür sorgen werden, dass der öffentliche Druck der Medien, wie auch der NGOs bzw. der Zivilgesellschaft nicht nachlassen wird.

Wichtige Institutionen im Kampf für Steuergerechtigkeit

Global Alliance for Tax Justice (GATJ)

The Global Alliance for Tax Justice was established to coordinate the growing international tax justice movement. It is owned and directed by its autonomous regional networks: Africa – Tax Justice Network Africa; North America – The FACT Coalition (USA) and Canadians for Tax Fairness (Canada); Asia – Tax and Fiscal Justice Alliance Asia; Europe – Tax Justice Europe; Latin America – (Red de Justicia Fiscal de América Latina y el Caribe). Its main purpose is to connect and amplify national and regional campaigns and advocacy for progressive and redistributive taxation to finance the sustainable development goals and the provision of adequate public services for all. Since its creation, GATJ has been working to develop into a truly inclusive global alliance that can draw together a plurality of voices into collective action – including grassroots groups and social movements, women's rights organisations, the labour movement, think-tanks and academics and the human rights community. GATJ is strengthening its efforts and working with diverse allies to build global consensus around progressive alternative tax policies and systems, and to mobilise a broad movement for change. While the alliance seeks to be truly global, it has a southern-led structure to ensure that the perspectives, interests and priorities of the south are central to all of GATJ's decision-making, strategies and campaigns, and ultimately to achieve transformational change in the interests of tax justice. www.globaltaxjustice.org

VIDC

Das Wiener Institut für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC) hat seit 2012 einen Arbeitsschwerpunkt zum Thema Steuergerechtigkeit. Dabei geht es vor allem um die Auswirkungen von Steuerflucht und illegitimen Finanzflüssen (Illicit Financial Flows) auf sog. Entwicklungsländer, da die Menschen in diesen Ländern von Steuerflucht besonders negativ betroffen sind. Auch werden Reformen auf ihre Wirksamkeit in diesen Staaten analysiert. Neben Veranstaltungen (etwa einer internationalen Konferenz zum Thema Steuergerechtigkeit im Jahr 2015) engagiert sich das VIDC im Rahmen von Tax Justice Europe (einem Netzwerk von europäischen Nichtregierungsorganisationen) und in der Global Alliance for Tax Justice, dem globalen Zusammenschluss aller regionalen Steuergerechtigkeitsnetzwerke. Seit 2016 erarbeitet das VIDC den Österreichbericht für den Europareport des europäischen Netzwerks (dessen Untertitel immer „Europe's role in supporting an unjust global tax system“ lautet, hrsg. von Eurodad). Seit 2013 präsentiert das VIDC auch gemeinsam mit Attac Österreich den Financial Secrecy Index in Österreich und arbeitet an dessen Österreichteil mit. www.vidc.org

Attac Österreich

Attac ist eine internationale Bewegung, die sich für eine demokratische und sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft einsetzt. Ziel ist ein gutes Leben für alle – heute und in Zukunft lebenden – Menschen. Seit seiner Gründung (in Österreich im Jahr 2000) setzt sich Attac auch für ein gerechtes globales Steuersystem ein. Attac spielte 2002 bei der Gründung des internationalen Tax Justice Networks eine wichtige Rolle und veröffentlicht in Österreich – gemeinsam mit dem VIDC – alle zwei Jahre dessen Schattenfinanzindex. Attac ist zudem im Rahmen von Tax Justice Europe (einem Netzwerk von europäischen Nichtregierungsorganisationen) und in der Global Alliance for Tax Justice (dem globalen Zusammenschluss aller regionalen Steuergerechtigkeitsnetzwerke) aktiv. In Österreich setzte sich Attac jahrelang für die Abschaffung des Bankgeheimnisses ein. Zu den Forderungen von Attac zählen zum Beispiel: Das Trockenlegen von Steuersümpfen,

ein Ende des ruinösen Steerdumpings bei Konzern-, Vermögens- und Kapitalertragssteuern, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, eine Gesamtkonzernbesteuerung („unitary tax“) oder ein gendergerechtes Steuersystem. Attac finanziert sich über Spenden und Mitgliedsbeiträge und ist parteiunabhängig. www.attac.at

Aktuelle Petition: Schluss mit Steuergeschenken für Reiche und Konzerne!
www.attac.at/steuergeschenke